



## Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals in höchster Gefahr

Der Vorstand des Freundeskreises teilt mit, daß der Baudezernent des Landkreises Dahme-Spreewald sich dem Druck rechter Kräfte in der Landesregierung gebeugt und in einem amtlichen Bescheid die Genehmigung zum Abriß der Gedenkstätte in Ziegenhals erteilt hat. Damit kann der Eigentümer der Immobilie, der Leiter der Oberen Bauaufsicht im Land Brandenburg und fachlicher Vorgesetzter des Baudezernenten, das national und international bedeutende Denkmal, dessen Schutz im Jahre 2004 erst erweitert und durch Gutachten und Begründungen in Gerichtsurteilen in seiner Bedeutung gewürdigt wurde, zerstören und auf dem Gelände Privatvillen bauen lassen.

Es ist eine nationale Schande, daß einem Antikommunisten aus der rechten Ecke gestattet wird, das Gedenken an die Opfer der Nazibarbarei, an den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands Ernst Thälmann und an die letzte, historisch bedeutsame, Tagung unter seinem Vorsitz, an der auch 29 ehemalige Reichstagsabgeordnete teilnahmen, derart in den Schmutz zu treten. Mit Empörung und ernster Sorge müssen wir zusehen, wie sich der Neofaschismus in unserem Land bis hinein in die Parlamente wieder breit macht. Wortreich geben Politiker, die in der BRD Macht

### Presseinformation des Vorstandes des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V.



www.arbeiterfotografie.com

ausüben, zwar vor, dagegen aufzutreten. Wie jedoch sehen die Taten aus?

Lassen wir uns diese Heuchelei nicht länger bieten. Wir rufen alle Menschen, die diese Entwicklung nicht wollten, alle, die das antifaschistische Vermächtnis unseres Volkes bewahren und wach halten wollen, zum Protest auf.

Nachdem wir erfahren mußten, daß Antifaschismus, auch wenn er das Recht auf seiner Seite hat, sehr teuer geworden ist und die juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, wurde uns erklärt, ein 2004 neu geschaffenes Gesetz zwin-

gen den Landrat zu einer solchen Entscheidung.

Kommt am 17.04. 2005, 10:00 Uhr zur Protestdemonstration in die Bahnhofstraße Königs Wusterhausen (am Brunnen) und anschließend zur Kundgebung um 11:30 Uhr in Ziegenhals. Bringt Fahnen, Transparente und Flugblätter mit.

Jetzt kommt es darauf an. Es muß der machtvollste Protest seit Beginn des Kampfes um die „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ werden. Protestiert schon jetzt bei allen zu dieser mit Heuchelei betriebenen Untat beteiligten Politikern, verbreitet die Wahrheit über

die geplante Schandtat wo ihr nur könnt.

Wir wollen zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Antifaschismus und der Zurückdrängung der Neonazis. Wer die „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ in Ziegenhals vernichtet, hilft objektiv nur ihnen!

**Auf zur  
gemeinsamen  
Aktion!**

Der Vorstand  
des Freundeskreises  
„Ernst-Thälmann-  
Gedenkstätte“ e. V.

**Landkreis Dahme-Spreewald  
Der Landrat  
Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz –  
Untere Denkmalschutzbehörde**

2. Februar 2005

Freundeskreis  
„Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V.  
z. H. Herrn Schmidt  
Käthe-Kollwitz-Str. 23

15711 Königs Wusterhausen

Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals  
Ihr Schreiben vom 15.11.2004

Sehr geehrter Herr Schmidt,

Ihr o. g. Schreiben habe ich erhalten und bedanke mich für Ihre Hinweise. Wie Ihnen bereits durch die untere Denkmalschutzbehörde telefonisch erläutert wurde, liegt jedoch ein Gefährdungstatbestand für die Gedenkstätte im Sinne von § 8 Abs. 2 BbgDSchG (Gesetz zur Neuregelung des Denkmalschutzrechts im Land Brandenburg (GVBl. I. Nr. 9 vom 24. Mai 2004 S.215 ff.)) gegenwärtig nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

[Signatur]

Loge

*Diese Dokumentation des Briefwechsels des Freundeskreises mit dem „Eigentümer“ des Sporthauses Gerd G. zeigt das Vorgehen des Ministerialbeamten. Hinter den Kulissen betreibt er zielgerichtet die Zerstörung des Sporthauses, dem Freundeskreis gegenüber spielt er den Verhandlungsbereiten, droht aber gleichzeitig mit dem Finger und denunziert alle Thälmann-Freunde, die sich besorgt nach dem Sporthaus erkundigen, als Faschisten – in ihren Methoden. Diese Methoden im Umgang mit Ernst Thälmann sind geeignet, überhaupt erst zu „01000 Jahren“ Faschismus wieder zu führen.*

**FREUNDESKREIS  
„Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V.**

KONTAKTADRESSE:  
Heinz Schmidt  
Käthe-Kollwitz-Straße 23  
15711 Königs Wusterhausen  
Tel.: 03375/290637

Königs Wusterhausen, 07.01.2005

Werter Herr Gröger!

Für das Jahr 2005 wünschen wir Ihnen ganz persönlich alles Gute, vor allem Gesundheit!

Am Anfang des neuen Jahres wenden wir uns mit folgendem Anliegen an Sie.

Am 07. Februar 2005 jährt sich erneut der Tag, an dem der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, ein letztes Mal vor dem ZK seiner Partei sprechen konnte. Als einziger Vorsitzender einer deutschen Partei erkannte er damals die mit der Machtübernahme Hitlers dem deutschen Volk drohenden Verbrechen und die Vorbereitung des II. Weltkrieges. Die Tagung in Ziegenhals kann man als den Anfang des antifaschistischen Widerstandes gegen das Hitlerregime bzw. den faschistischen Staat bezeichnen. Seit 1953 wird an dieses historische Ereignis in Ziegenhals, an authentischem Ort, ohne Unterbrechung erinnert. Die diesjährige Veranstaltung wird am 06. Februar 2005, 11.30 stattfinden.

Der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. beantragt bei Ihnen, als dem Eigentümer der Immobilie, an diesem Tag, in der Zeit von 09.00 Uhr bis 14.30 Uhr, das Betreten des Ehrenhofes der Gedenkstätte zu gestatten.

Die Öffnung der Räume der Gedenkstätte würde von allen interessierten Bürgern unseres Landes und auch des Auslands als ein Schritt einer unumgänglich gewordenen Verständigung angesehen werden.

Einer positiven Antwort entgegensehend  
der Vorstand des Freundeskreises

Heinz Schmidt  
Sprecher

**Gerd Gröger**

Tegeler Weg 11  
10589 Berlin  
Tel. 030 – 3458484

Berlin, 26. Januar 2005

Freundeskreis  
„Ernst-Thälmann“ Gedenkstätte“ e.V.  
c/o Herrn Heinz Schmidt  
Käthe Kollwitz Straße 23

15711 Königs Wusterhausen

Betr. Ihr Brief vom 07. Januar 2005; Thälmann-Gedenkfeier am 6. Februar 2005.

Sehr geehrter Herr Schmidt,

ich schreibe Ihnen, weil ich durchaus Verständnis für Ihr Anliegen habe. Auch bin ich unbedingt dafür, dass die Erinnerung an die Schreckensherrschaft des Naziregimes wachgehalten wird, wozu sicherlich auch das von Ihnen geplante Gedenken an den ermordeten deutschen Widerstandskämpfer Ernst Thälmann einen Beitrag liefern kann. Allerdings gibt es eine Reihe von Problemen, die ich als Grundstückseigentümer damit habe, wenn ich Ihnen das Betreten des Anwesens gestatte:

- Als Eigentümer habe ich die Verkehrssicherungspflicht und hafte daher für Schäden, die einem Besucher möglicherweise dadurch entstehen, dass die baulichen Anlagen nicht den geltenden Vorschriften entsprechen oder schadhafte sind. Der aktuelle Zustand der Anlagen ist mir nicht im einzelnen nicht bekannt; es müsste eigens eine Inspektion vorgenommen werden.
- Da das Gaststättengebäude seit Ende 1997 außer Betrieb und der Bestandsschutz für die frühere Gaststättennutzung erloschen ist, bedarf eine neue Nutzung als Versammlungsstätte einer bauaufsichtlichen Genehmigung.

- Als Eigentümer der bislang als denkmairechtlich geschützt bewerteten Ernst-Thälmann-Gedenkstätte habe ich gegenüber der Denkmalschutzbehörde für den Bestand und Erhalt dieser Sachen, die ja zum überwiegenden Teil aus beweglichen Gegenständen bestehen. Es müsste also zuvor zu Ihrer wie meiner Sicherheit eine gemeinsame Bestandsaufnahme erfolgen, gegebenenfalls eine Versicherung abgeschlossen und für Aufsicht gesorgt werden.

Dies alles wäre für mich mit erheblichem Zeitaufwand und Kosten verbunden, würde also ein großes persönliches Entgegenkommen Ihrem Verein gegenüber beinhalten. Nach den anhaltenden öffentlichen Angriffen und Kampagnen aus dem Umfeld Ihres Freundeskreises gegen mich werden Sie verstehen, wenn sich meine Begeisterung, Ihnen hier entgegen zu kommen, doch sehr in Grenzen hält. Auch halte ich es nicht unbedingt des Andenkens an den Arbeiterführer Ernst Thälmann für würdig, wenn man sich mir gegenüber ähnlicher Hetz-Methoden bedient, wie sie „1000 Jahre“ lang gegenüber den Sozialisten praktiziert wurden.

Immerhin möchte ich Ihren höflichen Brief doch so verstehen, dass Sie wohl nun beabsichtigen, die Phase dieser Agitation gegen mich zu überwinden. Dies wäre allerdings die Voraussetzung für möglicherweise sogar gemeinsame Überlegungen zur dauerhaften Sicherung der Erinnerungsstücke und Kunstwerke, was mir selbst unbedingt ein persönliches Anliegen ist.

Mit freundlichen Grüßen

[Signatur]

Gerd Gröger

**FREUNDESKREIS  
„Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V.**

**KONTAKTADRESSE:**

Heinz Schmidt  
Käthe-Kollwitz-Straße 23  
15711 Königs Wusterhausen  
Tel.: 03375/290637

Königs Wusterhausen, 3. Februar 2005

Herrn  
Gerd Gröger  
Tegeler Weg 11  
10589 Berlin

Betr. Ihr Brief vom 26. Januar 2005

Sehr geehrter Herr Gröger,

ich möchte im Auftrag des Vorstandes des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. / Ziegenhals, der am 28.01.05 den Wortlaut des o.g. Briefes zur Kenntnis genommen hat, antworten. Wir begrüßen Ihre Überlegungen zur Notwendigkeit des Wachhaltens der Erinnerung an die Schreckensherrschaft des Naziregimes und an den von den Nazis ermordeten Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann. Der historisch authentische Ort Sporthaus-Ziegenhals hat dazu seit mehr als 50 Jahren mit seiner Ausstellung und seinen Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Zeichen der Zeit mahnen uns alle, darin nicht nachzulassen. Übereinstimmung in diesem Punkt beseitigt selbst-

verständlich nicht die in Ihrem Brief mit Recht angesprochenen unterschiedlichen Interessenlagen und Verpflichtungen.

Wir möchten, um mit unseren Worten zu sprechen, die öffentlichen Auseinandersetzungen, soweit wir darauf Einfluß haben, beenden und im Gespräch mit Ihnen auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Tatbestände und des öffentlichen Interesses zu einer, auch Sie befriedigenden, Lösung kommen.

In diesem Wunsch werden wir bestärkt durch Ihre Äußerung über möglicherweise sogar gemeinsame Überlegungen zur dauerhaften Sicherung der Gedenkstätte. Natürlich wissen auch Sie, daß 1000 Jahre lang die Faschisten grausamste Methoden gegen Sozialisten, und nicht nur gegen diese, praktiziert haben, Methoden, zu denen sich heute jeder Vergleich verbietet. In unseren Reihen gibt es genügend, die das erleben mußten. Sachlichkeit im Umgang miteinander wird auch die Öffentlichkeit beiden Parteien gegenüber honorieren. Wichtig ist, das wird in den vielen Anfragen deutlich, die mich seitens der Vertreter der Medien und einzelner Persönlichkeiten immer wieder erreichen, daß sich die jetzt völlig unbefriedigende Situation der Gedenkstätte ändert. Wie das erreicht werden kann, darüber sollte gesprochen werden. Schlagen Sie uns bitte Ort und Zeit vor. Viele von uns sind Rentner, wir können uns nach Ihnen richten.

Was die Veranstaltung am 06.02.05 betrifft, haben wir für Ihre Probleme als Eigentümer Verständnis. Das Gebäude muß vor einer erneuten Nutzung geprüft werden. An der Begehung sollten 2 Vertreter unseres Vorstandes teilnehmen, damit diese nach dem Zustand unseres Eigentums sehen können.

Den Antrag bezüglich des Betretens des Ehrenhofes, so wie Sie es bereits im August 2004 gestattet haben, halten wir dagegen aufrecht. Verkehrssicherung und evtl. Schneeberäumung würden mit Unterstützung der Gemeinde und unserer Ordner erfolgen. Von der Gedenkmauer geht keine Gefahr aus. Sie wurde auf unsere Kosten von einer Spezialfirma vor 3 Jahren restauriert.

Sehr geehrter Herr Gröger!

Für eine baldige Antwort, bezüglich des letztgenannten Antrages, aus Zeitgründen auch telefonisch, wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag des Vorstandes

[Signatur]

Heinz Schmidt

# Erklärung von Friedrich Wolff

Die Thälmann-Gedenkstätte soll abgerissen werden, soll aus Ziegenhals verschwinden. Das ist ein Menetekel. Erinnerung an den ersten Widerstand deutscher Antifaschisten nach der Einsetzung Hitlers soll in einer Situation beseitigt werden, in der Vieles in Deutschland an die Zeit des aufkommenden Faschismus mahnt. Es gibt keine andere Gedenkstätte in Deutschland, die antifaschistischen Widerstand bereits im Februar 1933 belegt. In Ziegenhals und nirgendwo sonst in Deutschland wurde damals zum Kampf gegen Hitler aufgerufen und dieser Kampf organisiert. Keine andere deutsche politische Partei oder Gruppierung zeigte zu diesem Zeitpunkt gleiche Weitsicht, Kraft und Entschlossenheit. Keine andere Gruppe repräsentierte im Kampf gegen Hitler innerhalb Deutschlands jemals eine solche politische Kraft wie die in Ziegenhals versammelten Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die KPD hatte bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 fast 6 Millionen Stimmen erhalten. Brauchten die mutigen Männer um den Oberst Schenk von Stauffenberg erst das Erlebnis des wahnwitzigen Krieges für ihre heldenhafte Aktion, so war den Männern, die sich im Februar 1933 illegal in Ziegenhals versammelten, bereits vor der Wahl Hitlers zum Reichskanzler klar, Hitler bedeutet Krieg, Terror, das Ende der Demokratie, unbeschreibliches Leid für Deutschland.

Die Erinnerung daran wachzuhalten, dass Deutsche die ersten Kämpfer gegen Hitler waren, ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, eine Aufgabe nicht nur für Kommunisten und Sozialisten. Ziegen-

hals zeigt, nicht alle Deutschen waren Nazis, nicht alle machten die Verbrechen Hitlers mit, Deutsche waren die ersten Kämpfer gegen Hitler und seine ersten Opfer. Diese Tatsache ist nicht nur mit dem Sportlerheim verbunden, sondern auch mit dem Tagungsort, mit Ziegenhals. So wenig man das Leipziger Völkerschlachtdenkmal nach Hamburg verlagern kann, so wenig die Gedenkstätte für die Opfer des 20. Juli von dem historischen Ort der Ereignisse von 1944 getrennt werden kann, so wenig kann das Sportlerheim von seinem Platz in Ziegenhals entfernt und an beliebiger anderer Stelle wieder aufgebaut werden, wenn es seine Funktion zu mahnen und zu erinnern erfüllen soll. Hierher sind die Männer mit Booten und auf anderen Wegen gekommen, von hier zogen sie sich vor drohender Gefahr heimlich zurück.

Ziegenhals und das Sportlerheim, in dem das ZK tagte, sind also ein Ort von einmaliger geschichtlicher Bedeutung für den zivilen Widerstand gegen die Nazis. Wer das Sportlerheim abreißt, bekundet sein Unverständnis, wenn nicht sogar seinen Unwillen, dieses Denkmal, diesen Ort der Erinnerung zu erhalten. Diesen einzigen Lichtblick in der düstersten Epoche der deutschen Geschichte. Die Gedenkstätten an die Männer des 20. Juli sollen in Ehren erhalten bleiben, aber ist nicht die Gedenkstätte mindestens ebenso erhaltenswürdig, die an diejenigen erinnert, die bereits vor dem Krieg, vor dem Holocaust sich gegen Hitler erhoben und den größten Blutzoll von allen Gruppen des deutschen Widerstands entrichteten? Wer das Sportlerheim abreißt, wer den Ort Ziegenhals von einer Gedenkstätte an antifaschistischen Wi-

derstand zu einem Ort erfolgreicher Immobilienspekulation transformiert, der manifestiert Missachtung des Antifaschismus in einer Zeit, in der in Deutschland Neofaschisten erneut zur Eroberung der Macht angetreten sind. Heute gilt es, vor dem Schaden klug zu sein. Orientieren wir uns deshalb an denjenigen, die vor 1933 und in Ziegenhals im Februar 1933 gegen Hitler antraten nicht weniger als an

den heldenhaften Offizieren vom Juli 1944. Opfern wir nicht die Erinnerung an das bessere Deutschland für den Spekulationsgewinn eines Beamten! Ersetzen wir das Denkmal antifaschistischen deutschen Widerstands nicht durch ein weiteres Denkmal neoliberalen Profitstrebens! Von diesen gibt es in Deutschland genügend, Ziegenhals gibt es nur einmal. Wehret den Anfängen! ■

## Mitteilung des CHSI

### Französisches Komitee der internationalen Solidarität

In Kenntnis gesetzt durch unsere deutschen Genossen, dass die "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" vom Abriss bedroht ist, schließen wir uns den Protesten an, die dieser neue Schlag gegen das Andenken an einen hochrangigen Kommunistenführer unter den Kommunisten und allen fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt ohne Zweifel hervorrufen wird. Ernst Thälmann hat seinen hartnäckigen und erbitterten Kampf gegen den aufkommenden Nazismus und die Hitlerdiktatur mit seinem Leben bezahlt. Sein kämpferischer Mut, der ihn in der risikoreichen revolutionären Zeit zu der höchsten verantwortlichen Stellung geführt hat, verdient als Beispiel für künftige Generationen genannt zu werden.

Wenn man sein Andenken verhöhnt, ist es Ehrensache unserer Arbeiterklassen und des deutschen Volkes, dass gegen diese gemeine Maßnahme eingeschritten wird, zumal die Verantwortlichen für die Nazi-Verbrechen noch immer der Justiz entkommen. Auch wenn

– trotz unserer Anstrengungen – dieses internationale Symbol des Kampfes gegen Faschismus und Krieg zerstört wird, werden wir niemals die Verdienste Thälmanns vergessen, seine Kämpfe für Menschlichkeit, seinen unbeugsamen Mut und sein Opfer.

Für das Büro des CHSI  
gez. Désiré  
Marle-Vencent Flament –  
Geroges Gastaud

Liebe Genossin Eva,

sehr gerne schließen wir uns den Protesten der deutschen Genossen an.

Ich füge unserer Mitteilung – anstelle eines Aufrufs – den Text bei, den wir in der Nr. 46 der "Solidarité de classe" veröffentlicht haben.

Herzlich  
gez. D. Marle

**W**ährend im Inland aber auch besonders im Ausland mit Besorgnis auf die politische Entwicklung bezüglich des Erstarkens der rechtsextremen Kräfte, besonders der neonazistischen Parteien in den Landesparlamenten von Sachsen und Brandenburg reagiert wird; und in der Bundesrepublik erneut nach einem Aufstand der Demokaraten gerufen wird, werden Orte des Gedenkens an den antifaschistischen Widerstand in der Erhaltung vernachlässigt oder sind gar von der Vernichtung bedroht.

Die Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin, in deren Räumlichkeiten am 7. Februar 1933 letztmalig die Führung der kommunistischen Partei Deutschlands mit ihrem Vorsitzenden Ernst Thälmann, der von den Faschisten 11 Jahre eingekerkert war und im Konzentrationslager Buchenwald 1944 ermordet wurde, tagen konnte, soll abgerissen werden und privaten Villen weichen. Diese Gedenkstätte stand bisher unter Denkmalschutz des Landes Brandenburg, der auf Betreiben des neuen Investors aufgehoben wurde.

Während weltweit die Person Ernst Thälmanns zum Symbol des Widerstandes gegen Krieg und Faschismus wurde, wird in Deutschland der Kampf tau-sender aufrechter Kämpfer aus den Reihen der kommunistischen Bewegung weitgehend ignoriert oder sogar dem Gedenken entzogen. Ernst Thälmann prägte im Kampf gegen den deutschen Faschismus die Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ und machte somit deutlich, welche internationale Gefahr von einem faschistischen Deutschland ausgehen wird.

Auch in Spanien im Kampf um die spanische Republik 1936 bis 1939 kämpften Antifaschisten aus über fünfzig Ländern ohne Unterschiede

# Resolution Berlin den 19. März 2005

der Abstammung, der Weltanschauung und der Religion unter dem Banner Ernst Thälmanns und trugen in Gruppen und als Bataillon stolz seinen Namen.

Wir, die „Kämpfer und Freunde der spanischen Republik 1936 - 1939 e. V.“ möchten unsere Freunde im In- und Ausland aufrufen,

uns beim Versuch zu unterstützen, den drohenden Abriß der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin, die bis zu ihrer Schließung als antifaschistische Bildungs- und Erinnerungsstätte für die Bevölkerung, insbesondere für die Jugend genutzt wurde, zu verhindern. Ausgehend

von unserem heutigen Wintertreffen am 19.03.2005, bitten wir Euch Euren Protest an die Behörden der Bundesrepublik und des Landes Brandenburg zu richten.

**Spanienkämpfer  
Fritz Teppich:**

*Teilnehmer des Treffens:  
[Es folgen etwa 30 Unterschriften]*

## Thälmann noch einmal ermorden?

**F**ast täglich wird in den Medien an den bevorstehenden 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus (meist als „Kriegsende“ verharmlost) erinnert, sei es im Zusammenhang mit geplanten Nazi-Aufmärschen, sei es mit Filmen, wie auch immer man diese beurteilen mag. Im Zusammenhang mit einer ständigen Relativierung, ja Rehabilitierung faschistischer Machthaber steht uns nach dem „Untergang“ demnächst der Mehrteiler „Speer und er“ bevor. Man hat den Eindruck, alte und neue Nazis kröchen wie ekelhaftes Gewürm aus allen Löchern. Ein propagierter Antikommunismus in unseren Bildungseinrichtungen und Bibliotheken tut ein Übriges.

Just in diese Zeit, in der sich alles auf den 8. Mai zu spitzt, schlägt eine Pressemitteilung wie eine Bombe ein: Die authentische Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin soll abgerissen werden! Nicht etwa wegen Bau-fälligkeit, sondern weil der private Eigentümer dort Villen bauen will. Ist doch das Seegrundstück eine attraktive Lage. Der Plan des Eigentümers

war zwar schon seit langem bekannt, doch hatte die Nachricht von der Erweiterung des Denkmalschutzes für das Objekt den für das Denkmal verantwortlichen „Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.“ sowie alle Freunde Thälmanns im In- und Ausland zunächst beruhigt. Hatte diese „Erweiterung“ durch die Denkmalschutzbehörde etwa nur eine Alibifunktion? Angesichts der neuen Nachricht wird sie zur Farce. Gilt hier etwa Macht vor Recht? Soll Ernst Thälmann 2005 kurz vor dem 8. Mai in einem deutschen „Rechtsstaat“ zum zweiten Mal ermordet werden?

Der Plan, das Denkmal „einzulagern, um es an anderer Stelle wieder aufbauen zu können“ ist geradezu absurd! Das Besondere an dieser Gedenkstätte ist ja gerade ihre Authentizität als frühe Stätte des Widerstandes gegen den Faschismus. Von da rief Thälmann auf zum wissenschaftlich untermauerten organisierten Widerstand gegen das faschistische Regime, dessen Gefährlichkeit er an erster Stelle erkannt hatte. Dass nun offenbar eine so bedeutende Gedenkstätte zur Ver-

richtung freigegeben werden soll, ist nicht nur eine Kulturschande, sondern ein politisches Verbrechen, das keinen anderen Namen als „faschistisch“ verdient.

**Dr. Eva Ruppert  
Bad Homburg**

*Leserbrief an „j.W.“ und „ND“*

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Freundeskreis  
„Ernst-Thälmann-  
Gedenkstätte“ e. V.

REDAKTEUR (V.i.S.d.P.):

Heinz Schmidt  
Telefon 03375/290637

LAYOUT:

Egon Schansker  
E-Mail:  
eschans@t-online.de

DRUCK:  
Bodoni-Museum

## 2 PDS-ERKLÄRUNGEN

# MdB Petra Pau Ziegenhals: Märkische Gesichts- und Geschichtslosigkeit

Der Landkreis Dahme-Spree (Brandenburg) hat den Abriss der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals genehmigt. Dazu erklärt Petra Pau, PDS im Bundestag:

Der Landkreis Dahme-Spree hat sich mit seinem Beschluss gegen den Denkmalschutz und hinter die Begierden eines Immobilienbesitzers gestellt. Das ist geschichts- und würdelos, allemal zum 60. Jahrestag

der Befreiung vom Faschismus.

In Ziegenhals bei Königs Wusterhausen fand im Februar 1933, nach der Macht ergreifung Hitlers und des NS-Regimes, die letzte Tagung des ZK der KPD statt. Daran und an die Geschichtssicht zu DDR-Zeiten erinnert die Gedenkstätte. Sie ist mit dem Namen Ernst Thälmann verbunden, dem damaligen Vorsitzenden der KPD, der 1944 im KZ Bu-

chenwald von den Nazis ermordet wurde.

Noch weit reichender ist die Begründung des Landkreises: Demnach kann ein Eigentümer den Abriss eines Denkmals beantragen, wenn der Erhalt für ihn wirtschaftlich unzumutbar ist.

Damit wird ein gesellschaftliches Anliegen, nämlich der Denkmalschutz, dem privaten Vermögen, sprich Interessen, von Im-

mobilien-Besitzern nachgeordnet. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus.

Dass es sich im konkreten Fall um einen Brandenburger Staatsdiener aus Bayern handelt, setzt der Gesichts- und Geschichtslosigkeit im Märkischen Treibsand nur noch eine weiß-blaue Krone auf.

Berlin, den 26. März 2005

## Erklärung der PDS Landkreis Dahme-Spreewald Sporthaus Ziegenhals: Abriss erlaubt

Ziegenhals. Die südöstlich von Berlin gelegene Ernst-Thälmann-Gedenkstätte ist ernstlich in Gefahr. Überraschend genehmigte offenbar der Baudezernent des Landkreises Dahme-Spreewald, Stephan Loge (SPD), das Sporthaus Ziegenhals abzureißen. Das Areal befindet sich im Privatbesitz eines Mannes, der im Brandenburger Infrastrukturministerium für die Oberste Bauaufsicht zuständig ist.

Die Exponate in dem Zimmer, in dem sich am 7. Februar 1933 Funktionäre der KPD illegal versammelten, sollen entfernt und eingelagert werden. Der Vorstand des Freundeskreises der Gedenkstätte erfuhr dies nach eigenen Angaben schon vor zirka zwei Wochen bei einem Gespräch mit Dezernent Loge, machte den Fakt aber erst jetzt öffentlich. Loge war am Sonntag telefonisch nicht zu erreichen. Der Landkreis habe ihn mündlich informiert, dass es eine Abrissgenehmigung mit Auflagen gebe, erklärte auf Anfrage Stefan

Ludwig, PDS-Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen, zu der die Ortschaft Ziegenhals gehört. Möglich sei die Abrissgenehmigung erst durch das am 1. August 2004 in Kraft getretene neue brandenburgische Denk-

malgesetz. Für Freundeskreis-Chef Heinz Schmidt ist die geplante Einlagerung der Exponate nicht akzeptabel. "Einen Wiederaufbau würde es nicht geben, da sind wir uns klar", sagte er. Außerdem bestehe der

Seltenheitswert der Thälmann-Gedenkstätte auch nach einem Gutachten des Landesamtes für Denkmalpflege gerade darin, dass sie sich am authentischen Ort befinde. Der Freundeskreis ruft zum Protest.

**Irma Martinovská**  
Zrenjaninská 346  
CZ - 41503 TEPLICE

Ministerpräsident  
des Landes Brandenburg  
Herrn Matthias Platzeck  
Heinrich-Mann-Allee 107  
D - 14473 Potsdam

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Teplice, den 12. Januar 2005

im Auftrage zahlreicher tschechischer Antifaschisten wende ich mich mit dieser Bitte an Sie als den höchsten Repräsentanten des Landes Brandenburg.

Das Problem ist der verweigerte Zugang zur Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals.

Bis in das Jahr 2002 war es uns möglich, in der Gedenkstätte die Dokumente über die illegale Tagung der Kommunistischen Partei Deutschlands im ehemaligen Sporthaus Ziegenhals (1933) und die Zeugnisse über diese Zeit des faschistischen Terrors und den illegalen Widerstand zu besichtigen. Wir haben diese Möglichkeit der Information zur Verbreitung der Lehren aus der Geschichte mehrfach nutzen können. Über zwei Jahre ist das durch die Verweigerungshaltung des neuen Grundstückseigentümers und trotz eindeutiger Gesetzeslage über den Denkmalschutz und die zu beachtenden Regeln zu Gewährleistung des öffentlichen Zugangs zur Gedenkstätte nicht mehr möglich.

Wir erwarten, dass die Regierung des Landes Brandenburg durch Sie, Herr Ministerpräsident, aus rechtlichen und politischen Gründen die Wiedereröffnung der Gedenkstätte durchsetzt.

Wir wollen vor allem jüngeren Menschen aus der Tschechischen Republik, die den Nationalsozialismus nicht mehr selbst kennen lernten, aber mit der Wiederbelebung der Naziideologie konfrontiert sind, den Weg in die Gedenkstätte in Ziegenhals ebnen. Die Gelegenheit wird für uns am 6. Februar 2005, am 72. Jahrestag des historischen Ereignisses im ehemaligen Sporthaus Ziegenhals, sein.

Wir sehen noch vordem einer hoffentlich positiven Antwort entgegen. Nicht wenige tschechische Bürger, insbesondere des Böhmisches Grenzlandes, warten darauf.

Mit freundlichen Grüßen

Irma Martinovská

**Landkreis Dahme-Spreewald**

Der Landrat  
 Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz –  
 Untere Denkmalschutzbehörde

3. Februar 2005

Frau  
 Irma Martinovská  
 Zrenjaniská 346

CZ – 41503 Teplice

Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals

Sehr geehrte Frau Martinovská,

Ihr o. g. Schreiben wurde mir von der Staatskanzlei des Landes Brandenburg auf Grund landesrechtlicher Vorschriften zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Die Gedenkstätte befindet sich in Privatbesitz und ist keine öffentliche Einrichtung. Ich werde Ihre Bitte um Besuch und Besichtigung der Gedenkstätte daher an den Eigentümer weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

[Signatur]

Wille

**Irma Martinovská**

Zrenjaninská 346  
 CZ – 41503 TEPLICE

Ministerpräsident  
 des Landes Brandenburg  
 Herrn Matthias Platzeck  
 Heinrich-Mann-Allee 107  
 D – 14473 Potsdam

Teplice, den 7.03.2005

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 12. Januar 2005 habe ich mich an Sie mit der Bitte gewandt, sich entsprechend der deutschen Gesetzeslage dafür zu verwenden, dass die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Sporthaus Ziegenhals wieder der Öffentlichkeit zugänglich und erhalten wird.

Mit Datum vom 03.02.2005 wurde mir vom Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, veranlasst durch die Untere Denkmalschutzbehörde in Königswusterhausen, (ohne Aktenzeichen) mitgeteilt: „Die Gedenkstätte befindet sich in Privatbesitz und ist keine öffentliche Einrichtung. Ich werde Ihre Bitte um Besuch und Besichtigung der Gedenkstätte daher an den Eigentümer weiterleiten.“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Platzeck, mit dieser benannten Antwort kann ich mich nicht zufrieden geben. Nicht nur, dass der Eigentümer eine Antwort schuldig blieb, verstößt meines Wissens die Behandlung der Angelegenheit gegen geltendes Recht. Ich habe mir die Mühe gemacht und mich nach dem Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg – Denkmalschutzgesetz erkundigt. Ist darin nicht bestimmt, dass der Denkmal-

schutz unabhängig von den Eigentumsverhältnissen eine öffentliche Angelegenheit ist? Zuständig sei die Denkmalschutzbehörde für Denkmale, die im Verzeichnis der Denkmale eingetragen oder unter Schutz gestellt sind. Der Eintrag in die Denkmalliste ist unstrittig?! Was Nun?

Ich bitte, dass diese meine Intervention als Dienstaufsichtsbeschwerde bearbeitet wird.

Ich hoffe auf sachgerechte Unterstützung und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Irma Martinovská

**Landesverband Oberösterreich der Österreichischen AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband / VdA)**

Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Postfach 601051  
 D – 14410 Potsdam

Linz, 11. Jänner 2005

Werte Herren!

Unser Landesverband beabsichtigt im kommenden Frühjahr 2005 mit einigen Kameradinnen und Kameraden die Thälmann-Gedenkstätte in Berlin/Ziegenhals zu besichtigen.

Durch diverse Medienberichte verunsichert, wissen wir aber nicht, ob uns ein Besuch der denkmalgeschützten Stätte durch den Eigentümer gestattet wird.

In Ihrem Brief vom 06. August 2003 an unseren Landesverband erklärten Sie uns, dass „die Frage der Zutrittsrechte für die Thälmann-Gedenkstätte durch das zuständige Amt für Denkmalschutz geklärt werden“ würde.

Wir ersuchen Sie, uns über die derzeitige Möglichkeit einer Begehung der Gedenkstätte zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen  
 Winkler Peter  
 Landesvorsitzender

Lieber Heinz Schmidt,

Gedächtnisstätten sind keine Museen, sondern Orte, um Geschichtsbewußtsein zu wecken. Ohne diese Orte begreifen die jüngeren Generationen weder das Gestrige noch das Heutige noch das Künftige. Gedächtnisstätten geben Orientierung. Thälmann hat Orientierung gegeben. Er muß es weiter tun dürfen. Für uns, die wir am Ende unseres Lebens stehen, war Thälmann Feuer und Flamme. Wer sich für die Jugend, für die Zukunft, verantwortlich fühlt, muß Möglichkeiten zu politischer Erkenntnis schaffen. Die Gedächtnisstätte Ziegenhals war exemplarisch dafür.

Mit herzlichen Grüßen

**Hans-Peter Minetti**

31. März 2005

# Bericht an die Kundgebung vom Sprecher des Freundeskreises – 6. Februar 2005

*Liebe Freundinnen und Freunde!*

Es ist das zweite Mal seit fast zwei Jahren, daß wir zu unserer traditionellen Kundgebung den Ehrenhof betreten dürfen. Wir hoffen, es bleibt so, und dass wir zur Kundgebung im April etwas eher Bescheid bekommen und auch wieder die Gedenkzimmer besichtigen können. Doch wo von ihr Euch selbst überzeugen könnt, niemand hat bisher etwas für den Erhalt der Gedenkstätte getan. Sie verkommt. Seit Juni 2003 kann der Freundeskreis nicht an sein Eigentum. Noch immer fordert das Schild an der Straße auf, mich anzurufen, wenn man die Gedenkstätte besichtigen will. Es gibt keinen Hinweis, daß das Betreten des Objektes verboten ist. Lediglich die vor kurzem angebrachte Tafel einer Baufirma verrät, daß hier drei Einfamilienhäuser gebaut werden und zu verkaufen sind. Die Gedenkstätte ist auf der Tafel ungenau und als verkauft eingezeichnet. Hier sind durch den Denkmalschutz Grenzen gesetzt, der entsprechend einem Gutachten des Landesamtes für Denkmalpflege für alle Anlagen beschlossen wurde.

Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte in den letzten Monaten ließen immer deutlicher werden, daß die zuständigen staatlichen Organe ihrer Aufgabe nicht genügend gerecht werden und nicht den Willen erkennen lassen, die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte zu erhalten und der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Das findet auch darin seinen Ausdruck, daß der Landrat unseren Brief (siehe Flugblatt) vom 15. November 2004, trotz gesetzlicher Frist, erst nach Annahmen am vergangenen Donnerstag beantwortet

hat, mit dem Dank für unsere Hinweise und der Bemerkung, daß "ein Gefährdungstatbestand für die Gedenkstätte im Sinne von § 8 Abs. 2 BbgDSchG gegenwärtig nicht" vorliegt. Dieser Absatz besagt, ich zitiere: "Kommen Verfügungsberechtigte oder Veranlasser ihren Pflichten nach (Erhaltung) nicht nach und tritt hierdurch eine Gefährdung des Denkmals ein, können sie im Rahmen des Zumutbaren von der Denkmalschutzbehörde verpflichtet werden, die zum Schutz erforderlichen Maßnahmen durchzuführen". Zitat Ende. Seht Euch um und bildet Euer Urteil. Auch die Gedenkräume im Gebäude sind das 2. Jahr ohne Winterfestmachung. Diese war auch vorher schon nur provisorisch durch die TLG gewährleistet worden.

Liebe Freunde!

Das Kammergericht Berlin hat in der Begründung zum Urteil im Prozeß "junge Welt" gegen den Eigentümer deutlich unterstrichen, daß eine wesentliche Ursache für die gegenwärtige Situation der Gedenkstätte darin besteht, daß die TLG eine international so bedeutende Gedenkstätte versteigern ließ. Es weist nach, daß die Art des Erwerbs eine die Öffentlichkeit erheblich berührende Frage darstellt, die umfangreich das Interesse der Medien gefunden hat, bis zum "Spiegel", der "super Illu", der "FAZ", "Märkische Allgemeine" und andere bürgerliche Zeitungen und Zeitschriften, ja sogar der "Bild"-Zeitung, sowie dem Fernsehen.

Auffallend klar weist das Kammergericht in seiner Begründung des Urteils nach, daß das öffentliche Interesse an der Erhaltung und Zugänglichkeit der Gedenkstätte das Privatinteresse eines Einzelnen bei weitem übersteigt, was

ja letztlich rechtlich ausschlaggebend sein müßte, wenn es um den Erhalt der Gedenkstätte geht.

Die Antwortschreiben von politisch Zuständigen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene auf Anfrage, Forderungen und Proteste unserer Freunde und Sympathisanten offenbaren, daß sie mit ihren Machtlosigkeitsbeteuerungen weit hinter dem Urteil des Kammergerichts herhinken.

Auch das Verwaltungsgericht in Cottbus hat mehrfach auf die erstrangige Verantwortung der Denkmalschutzbehörden verwiesen. Die grundlegende Entscheidung muß nunmehr die obere Denkmalschutzbehörde, sprich die Frau Ministerin Wanka CDU, und der Baudezernent des Dahme-Spreewald-Kreises treffen.

Der gesamte Verlauf des Kampfes um die Gedenkstätte beweist, daß wir bisher, bei aller Kompliziertheit, richtig gehandelt haben, indem wir immer wieder darauf verwiesen haben, daß die breite öffentliche Meinung für die unverfälschte Erhaltung der Gedenkstätte und den öffentlichen Zugang zu ihr, das letztlich Ausschlaggebende ist. So unterstrich es auch die Wahlversammlung des Freundeskreises am 27. November 2004.

Ich bekräftige hier noch einmal den Dank dieser Versammlung an alle, die uns beim Ringen um die Gedenkstätte unterstützen und selbst keine Anwalts- und Gerichtskosten scheuen. In diesem Dank sind eingeschlossen die linken, aber auch die bürgerlichen Medien.

Dank Euch allen, die Ihr Euern Willen immer wieder auf unseren Kundgebungen manifestiert und den, für viele umständlichen und beschwerlichen Weg hier-

her nicht scheut. Vor allem auch den Freunden aus Dresden, Leipzig, Magdeburg, aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern und aus den alten Bundesländern und ganz besonders unseren Freunden aus Tschechien, Frankreich und Österreich.

Sie haben erkannt, was einige, die in der Nähe wohnen und besonders einige, die es wissen müßten, nicht zur Kenntnis nehmen und deshalb auch unseren Ankündigungsartikel für diese Kundgebung wirklich nur auf die Ankündigung reduzierten. Deshalb möchte ich das Weggelassene noch einmal zitieren: "Hätten die politischen Käfte 33 und davor die Mahnungen Thälmanns, und ich füge hinzu die Angebote, die er ihnen machte und die hier in der Gedenkstätte nachzulesen sind, nicht in den Wind geschlagen, es hätte kein Auschwitz, kein von Konzentrations- und Vernichtungslagern übersätes Deutschland, keinen 2. Weltkrieg mit über 50 Millionen Toten gegeben. Es sind wieder deutsche Kommunisten und Millionen Antifaschisten, die sich mit ihnen im Kampf gegen Faschismus und Krieg verbündet haben und die nie aufhörten, vor dem aufkommenden und nun schon grenzenlos wuchernden Neonazismus zu warnen und ihm überall bewußt entgegenzutreten.

Deshalb muß diese international bedeutsame Gedenkstätte an authentischem Ort erhalten werden. Ist das doch der Ort, wo Thälmann vor rund 40 engsten Mitstreitern seiner Partei – darunter über 20 Reichstagsabgeordnete, wie er, und die ersten Opfer des Naziregimes – als erster Führer einer deutschen Partei unmittelbar nach Hitlers Machtantritt aufzeigte, wie dessen grausames Regime zu



bekämpfen ist. Die Lehren aus Thälmanns historischer Rede, hier am 7. Februar 1933, prägen den Kampf gegen Faschismus und Krieg bis in unsere Tage, wo Nazis die unzähligen Opfer der Verbrechen ihrer Vorgänger, und ihrer eigenen Verbrechen, verhöhnen, ja zu Tätern stempeln. Und das als sogenannte "demokratische Abgeordnete" und, justiziell und polizeilich geschützt, zu Tausenden auf der Straße." Dieser Absatz steht auch in etwa auf der Titelseite unseres Rundbriefes zwischen den Aussagen, die zwei wahrhaft bedeutende Zeitzeugen der Nazityran-

nei machten. Nämlich der Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Kurt Julius Goldstein, zur Gedenkveranstaltung im Deutschen Theater, und der Kämpfer der Resistance, Träger des Befreiungsordens von Paris "médaille de la Liberation", Peter Gingold, der einmal hier in Ziegenhals sagte: "... daß die Gegner Hitlers damals nicht "1933" verhindert haben, dafür gibt es nur eine Entschuldigung: Sie wußten noch nicht, was der Faschismus an der Macht bedeutet. Heute gibt es diese Entschuldigung für keinen mehr."

*Liebe Freundinnen und Freunde.*

Tun wir alles, damit diese Gedenkstätte und ihre lebensnotwendigen Lehren erhalten bleiben, für uns Heutige und für künftige Generationen. Wir laden Euch heute schon zur traditionellen Kundgebung am 17. April ein anlässlich des 119. Geburtstages von Ernst Thälmann, den wir gleichzeitig mit dem Gedenken an die Befreiung vom Hitlerfaschismus vor 60 Jahren begehen. Neben uns allen bekannten Kämpfern gegen Faschismus und Krieg, laden wir dazu öffentlich und persönlich ein, die führen-

den Vertreter der demokratischen Parteien unseres Landes – damit ist die BRD gemeint – und vor allem die Regierungs- und Parlamentspolitiker, die hauptverantwortlich dafür sind, wohin dieses Deutschland treibt. Hier ist der Ort, wo man sich klar und eindeutig zum Antifaschismus bekennt. Sollen sie sich mit diesem geschichtsträchtigen Ort vertraut machen und ihren heute massenhaft geäußerten antifaschistischen Beteuerungen Taten folgen lassen. ■

## Rede von Dorothee Rack, Ziegenhals, 6. Februar 2005

Hallo,

mein Name ist Dorothee, ich bin 17 Jahre alt. Ich bin heute hier, weil ich es wichtig finde, überall dort zu sein, wo Menschen in antifaschistischer Tradition zusammen finden, denn ich bin ANTIFASCHISTIN!

Auch wenn ich die Zeit des deutschen Faschismus nicht miterlebt habe, fühle ich mich verantwortlich dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder geschehen darf. Das so zu sehen ist, auch nach 60 Jahren Entfernung, in diesem Staat nicht schwer.

Ich muß auf die Straße gehen und mein Möglichstes gegen Faschismus tun, denn dieser Staat, in dem ich seit 15 Jahren leben muß, hat nicht die geringste Absicht etwas zu unternehmen gegen die alten wie neuen Nazis.

Meine Forderung „Nie wieder Faschismus!“ ist nicht mal radikal, es ist das Mindeste, was ich von einem halbwegs anständigen Bürger erwarte. Doch die Menschen in diesem Land machen die Fensterläden zu, wenn die Faschisten marschieren, sie denken nur zu oft leise, was die Faschisten laut durch die Straßen brül-

len. Zu viele sind es, die tatenlos zuschauen und dann auch die Nase rümpfen über die Antifa.

Sie haben vergessen, daß Verharmlosung und Ignoranz Faschisten schon einmal zur Macht verholfen haben. Wer weg sieht, wer nicht einschreitet gegen die Aufmärsche der offenen Reaktion, wer nicht mit uns zieht gegen die Nazis, macht sich letzten Endes mitschuldig.

Es ist wahr, nicht jeder hat den Mut und die Kraft auf die Straße zu gehen. Solidarität und Verständnis für die, die auf der Straße gehen und ihre Knochen erhalten, ist jedoch keine Frage von Mut und Kraft, sondern eine Frage des Bewußtseins und der Ernsthaftigkeit.

Ich weiß, wovon ich rede und für wen ich Verständnis und Solidarität einfordere. Ich mußte mit ansehen, wie mein Bruder, der mit Gewalt wirklich nichts im Sinn hat, von Polizisten verprügelt wurde, weil er den Anblick von marschierenden Nazis nicht zum Alltag werden lassen möchte.

Wie groß ist der Unterschied am Ende zwischen den durch das Grundgesetz und das Postdamer Abkommen verbotenen faschisti-

schen Organisationen und den Staatsorganen, die diese, unter Bruch des Grundgesetzes und des Postdamer Abkommens, beschützen? Dieses Gespann von Faschisten und Staatsorganen hat mit Demokratie nichts zu tun, es muß aufgehoben werden.

Täglich muß ich mit ansehen, wie Meinesgleichen mit den Nazis in einen Topf geworfen wird. „Gewaltbereite von Links“ nennt mich das Fernsehen – „genauso wie die Gewaltbereiten von rechts“ sagen sie.

Sie lügen, so wie sie immer gelogen haben über uns!

Wir sind für die Freiheit und für das Leben, beides verachten die Faschisten. Wir sind nicht wie sie, wir sind ihr direkter und ärgster Gegner. Wenn man uns mit den Faschisten vergleicht, spuckt man den abermillionen von Vergasteten, Erschlagenen, Erschossenen und Totgetretenen, all den Widerstandskämpfern, den Menschen in den KZ's ins Gesicht.

Aber was willst du gegen all das tun, fragt ihr mich vielleicht? Ich sage euch: Wie Thälmann werden wir sein, kompromißlose Antifaschisten! Und wir sind

immer noch viel zu wenige. Denke ich an den Sieg über die Nazis, denke ich an die Zerschlagung des deutschen Faschismus, dann denke ich auch an rote Fahnen und an den Rotfrontkämpferbund. Wir brauchen jetzt Rotfrontkämpfer und keine Lippenbekenntnisse. Wenn wir heute gegen Nazis marschieren, sehe ich wenig rote Fahnen.

Wenn ich gegen die Verhöhnung der Opfer des deutschen Faschismus und gegen die Faschisten und ihre Wegbereiter auf die Straße gehe, ist dort, wo ich bin, immer auch Thälmann in der Nähe. Umso mehr wir sind, desto stärker wird seine Gegenwart. Gegen Faschisten und ihre Beschützer als bekennende Antifaschistin auf die Straße zu gehen, das ist meine Ehrung Thälmanns. ■

**Nie wieder Krieg!  
Nie wieder  
Faschismus!**

# Werner Schleese Vorsitzender der KPD

*Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Freunde Ernst Thälmanns und seiner Partei!*

Ziegenhals, den 6. 2. 2005

**I**m 60. Jahr der Befreiung vom Faschismus finden wir uns wieder, wie schon oft vordem, hier in Ziegenhals ein, um an die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD vom 7. Februar 1933 zu erinnern.

Nach wie vor ist diese Gedenkstätte, sind Grundstück und Gebäude „privatisiert“. Nach wie vor empfinden wir diese „Privatisierung“, in deren Zusammenhang, wie euch allen bekannt ist, sogar die Justiz dieses Landes bemüht wurde, als eine Politik der Demütigung gegen den opferreichen antifaschistischen Kampf der deutschen Kommunisten. Wir empfinden das auch als Demütigung gegen uns selbst, gegen uns, die wir bemüht sind und bemüht bleiben, den großen Anteil der Thälmannschen Kommunisten am erfolgreichen Kampf gegen den Hitlerfaschismus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das gerade in diesem Jahr der 60. Wiederkehr der Befreiung und des 72. Jahrestages dieser historischen Tagung des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD.

Jeder von uns weiß, gerade von Ziegenhals aus, gerade von der Rede Thälmanns ausgehend, organisierten die deutschen Kommunisten ihren Widerstand gegen den Faschismus. Diese Gedenkstätte hier ist wesentlicher Bestandteil des antifaschistischen Kampfes, und das national wie international. Ihre „Privatisierung“ durch Verkauf des Geländes und des Gebäudes war, ist und bleibt eine Kulturschande, zu verantworten von den politischen Kräften der Landesregierung Brandenburg und der Bundesregierung, in deren

Zuständigkeit dieser Privatisierungsbeschluss fällt.

Wir alle stimmen dem Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ zu, der kürzlich feststellte, „dass bei Mitgliedern und Freunden die Sorge um die Gedenkstätte ... zusehends wächst“.

Und wir erklären hier und heute, gerade anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Massenvernehmungslagers Auschwitz durch die Rote Armee, gerade anlässlich des bevorstehenden 60. Jahrestages der Befreiung durch diese Armee und die Streitkräfte der Westalliierten, wie der Freundeskreis, wir werden „eine Entweihung dieses geschichtsträchtigen Ortes oder gar die Beseitigung dieser Mahn- und Gedenkstätte nicht hinnehmen“.

Der politisch motivierte Privatisierungsangriff gegen diese Stätte richtet sich gegen den antifaschistischen Kampf von einst und jetzt, gegen den aufopferungsvollen Einsatz der deutschen Kommunisten, gegen die kämpferische Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Offensichtlich wollen die politischen Kräfte in der Landesregierung Brandenburg und in der Bundesregierung, die diese „Privatisierung“ zu verantworten haben, die große Bedeutung der illegalen Tagung von Ziegenhals aus der deutschen Geschichtsschreibung ausblenden. Offensichtlich will man so tun, als habe es die Tagung vom 7. Februar 1933 und die Rede Ernst Thälmanns zum Kampf gegen den Faschismus nie gegeben. Offensichtlich will man die Tausende kommunistischen Opfer im antifaschistischen Kampf vergessen machen.

Wir, liebe Genossinnen, liebe Genossen, lassen das nicht zu, nicht im 60. Jahr der Befreiung und auch in Zukunft nicht. Deshalb sind wir hier mit unseren Blumen und Fahnen, mit unse-

ren Erinnerungen und Geschichtskennntnissen, und vor allem mit unserem Mut und politischem Kämpfertum.

Am 7. Februar 1953 wurde die Gedenkstätte Ziegenhals mit der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED und einer Rede von Wilhelm Pieck offiziell eingeweiht. Fortan diene sie der antifaschistischen Aufklärung und Erziehung, besonders der jungen Generation der DDR. Ziegenhals wurde zu einem Zentrum antifaschistischer Erziehung und der Vermittlung von Kenntnissen über den organisierten Kampf der Thälmannschen KPD gegen das Hitlerregime.

Diese Gedenkstätte und ihre Erhaltung, der freie Zugang zu ihr sind für uns ein Politikum ersten Ranges. Wer die Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals, einen geschichtsträchtigen Ort von nationaler und internationaler Bedeutung, „privatisiert“ und sie der Öffentlichkeit über einen langen Zeitraum sperrt, dem kann man auch seine Beateuerungen im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Befreiung nicht als ernsthaft gemeint abnehmen. Wer zulässt, dass an die Organisation des antifaschistischen Widerstandes durch Thälmann und seine Genossen gerade in diesem Jahr offensichtlich nicht erinnert werden soll, der entlarvt sich selbst als politischer Heuchler.

Und das in einer Zeit, da der Faschismus längst wieder Bestandteil dieser Ordnung ist und sogar, wie in Brandenburg und Sachsen, Parlamentsmandate innehat.

Wir wissen natürlich, auch von Thälmann und seinen Genossen, dass die herrschende Ideologie immer die der herrschenden Klasse ist. So verhält es sich auch mit dem Recht und allen anderen politischen Maßnahmen. Deshalb, das sagen wir ganz offen, ist unser Kampf um den Erhalt und die öffentliche Nutzung der Thälmann-Gedenkstätte hier in Ziegenhals in er-

ster Linie ein politischer. Er wird umso erfolgreicher sein, wenn wir uns an Thälmanns Aufforderungen zur Aktionseinheit, zur Einheitsfront erinnern und derartiges organisiertes Zusammenwirken immer besser praktizieren.

Thälmann erklärte vor 72 Jahren hier in Ziegenhals auf die Frage: „Wie ist die Lage heute gegenüber der Hitlerregierung?“ „Wir riefen bei ihrer Machtübernahme zum Streik, zum Massenstreik, Generalstreik auf. Gleichzeitig mit der unmittelbaren Mobilisierung der Massen von unten für diese Losungen richteten wir ein Einheitsfrontangebot an die SPD, den ADGB, den AfA-Bund und die christlichen Gewerkschaften in der Linie der konkreten Aufforderung, gemeinsam mit uns den Generalstreik durchzuführen. Wir führten also in dieser besonderen Situation eine kombinierte Einheitsfrontpolitik von unten und oben durch.“ Und weiter forderte er: „Wir müssen das Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen den kämpfenden Arbeitern und den werktätigen Bauern schmieden.“ „Wir organisieren den aktiven Massenkampf, die Einheitsfront der Tat zur Befreiung des werktätigen Volkes aus faschistischer reaktionärer Knechtschaft.“

Bereits in der am 24. August 1930 in „Die Rote Fahne“ veröffentlichten „Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ stellte das Politbüro des Zentralkomitees der KPD die Aufgabe, über das Industrieproletariat hinaus »insbesondere die Massen der Landarbeiter, das Not leidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen in allen Teilen des Reiches gegen den Faschismus und seine ausbeuterische, großkapitalistische Politik in den Kampf“ zu führen.

Im Bauernhilfsprogramm der KPD, verkündet am 16. Mai 1931, im Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, veröffentlicht am 29. Mai 1931, und in weiteren Dokumenten rief die Partei dazu auf, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg die Einheitsfront gegen Ausbeutung, Faschisierung und Kriegspolitik zu schaffen.

Für uns heute, die wir für den Erhalt der Gedenkstätte Ziegenhals politisch aktiv sind, die wir aber zugleich auch gegen die Sozialabbau-, Faschisierungs- und Kriegspolitik der heutigen Machthaber kämpfen, sind Thälmanns Forderungen zur Einheitsfront von brennender Aktualität. Hier in Ziegenhals treffen sich Mitglieder von PDS, DKP und KPD, von FDJ, KJVD und weiteren Jugendorganisationen, von sozial tätigen Vereinen und Organisationen und auch Nichtorganisierte, die sich Thälmann und seiner Partei verbunden fühlen. Gemeinsam treten wir also politisch auf, obwohl wir nicht zu allen Fragen der Vergangenheit und Gegenwart die gleichen Auffassungen haben.

So war es auch, als wir im vergangenen Jahr in Weimar und in der Gedenkstätte Buchenwald an die Ermordung Ernst Thälmanns vor 60 Jahren im KZ Buchenwald erinnerten. Mitglieder von KPD, DKP, PDS, von Jugendorganisationen und Parteilose nahmen daran teil, sogar ausländische Genossen und russische Journalisten. Und in Gesprächen am Rande dieser Ehrungen wurde immer wieder an Thälmanns Aufforderungen zur Schaffung der Einheitsfront erinnert und die Aktualität dieser Forderung für heute hervorgehoben. Es gibt inzwischen unzählige Beispiele des Zusammenwirkens von Kommunisten, Sozialisten und sozial engagierten Bürgern in Gemeinden, Städten, Kreisen und Ländern. Der Wille zur Zusammenarbeit gegen die Politik des Sozialabbaus, der Kriegsunterstützung und der Förderung des Faschismus wächst, in

Berlin wie in Niedersachsen, in Thüringen wie auch hier in Brandenburg und anderswo.

Der Thälmannschen Bündnispolitik gerade in dieser Zeit folgend, hat sich das Zentralkomitee der KPD im Januar 2005 mit inhaltlich gleichen Briefen an den Vorsitzenden der PDS, Genossen Professor Lothar Bisky, und den Parteivorstand der PDS sowie an den Vorsitzenden der DKP, Genossen Heinz Stehr, und den Parteivorstand der DKP gewandt. Wir stellten fest und schlugen vor, ausgehend von unserer großen Sorge um die sozialpolitische Entwicklung in diesem Lande, die ihr, liebe Genossinnen, liebe Genossen, sicher mit uns teilt:

„Hartz IV, die so genannte Gesundheitsreform, die angekündigten Einschnitte für die Arbeiter bei der Mitbestimmung in den Betrieben, die Nichterfüllung der Ausbildungsverpflichtungen für junge Menschen, die schlimmen Ergebnisse älterer und neuerer Pisa-Studien, die drastischen Kürzungen der Mittel für Kunst und Kultur, die angekündigten Kürzungen bei den Renten, kurz gesagt, der soziale Kahlschlag, den dieses System und seine Regierung durchsetzen, veranlasst uns, dem Vorstand der PDS einige Vorschläge zu machen.“

Veranlassung für unsere Briefe an die Parteiführungen von PDS und DKP war auch die Tatsache, dass die Montagsdemonstrationen sehr schnell an Kraft verloren und schließlich erbbten. Nach unserer Auffassung ist es allen sich links bezeichnenden Parteien, Vereinigungen, Verbänden und den beteiligten Gewerkschaften bisher nicht gelungen, die notwendige Führung einer Volksbewegung gegen Sozialabbau und Verelendung zu schaffen. Ohne eine derartige gemeinsam agierende Führung sich links einordnender Parteien, Gruppierungen und Gewerkschaften ist es aber nicht möglich, eine breit und geordnet organisierte Volksbewegung

gegen alle Erscheinungen des Sozialabbaus zustande zu bringen.

Deshalb treten wir dafür ein, dass PDS, DKP, KPD, weitere sich links einordnende Parteien, auch die sich neu formierende Wahlalternative, und die sich sozial engagierenden Vereinigungen und Verbände auf einen Minimalkonsens für eine Volksbewegung gegen die Abwälzung der Widersprüche des imperialistischen Systems auf die Schultern des Volkes einigen. Das müsste nach unserer Überzeugung möglich sein. Niemand, der es ernst nimmt mit seinem in Programmen und Statuten fest geschriebenen sozialen Engagement, braucht dabei von seinen Grundsätzen abzuweichen.

„Kurz gesagt“, so schrieben wir in unseren Briefen vom Januar, „wir brauchen nach unserer Auffassung ein demokratisch organisiertes Gremium für die Organisation des Volkswiderstandes gegen alle Erscheinungen des sozialen Abbaus, gegen Kriegspolitik und gegen Faschisierungspolitik. Und in diesem Gremium sollten möglichst alle mitarbeiten, die sich in ihren Parteien, Vereinigungen, Verbänden und Gewerkschaften allgemein sozial oder zugespitzt antikapitalistisch engagieren.“

Ein solches Gremium, wie immer man es dann benennt, wäre auch in der Lage, eine Übereinstimmung zwischen den außerparlamentarischen Aktivitäten breiter Teile des Volkes bei Demonstrationen und Kundgebungen und den parlamentarischen Interessenvertretungen links orientierter Wählermassen herzustellen und immer wieder neu zu entfachen.“

Mit großem Interesse hatten wir vor einigen Wochen der Zeitung „Neues Deutschland“ entnommen, „dass die PDS bei den weiteren politischen Auseinandersetzungen und beim bevorstehenden Wahlkampf 2006 für den Bundestag sich mehr mit sozial tätigen Vereinen und Verbin-

den verbänden will.“ Anknüpfend an derartige Vorhaben schlugen wir in unseren Briefen vor: „Wir halten eine Ausweitung auf sich links orientierende Parteien in Deutschland für dringend notwendig, um im außerparlamentarischen und parlamentarischen politischen Kampf große Massen des bereits arg unter Kriegs-, Sozialabbau- und Faschisierungspolitik leidenden Volkes zu gewinnen und zu politisieren.“

Mit dem bisherigen sich links bezeichnenden Einzelkämpfertum der einzelnen Verbände, Vereine und Parteien, wie es sich immer so deutlich im Januar bei der Demonstration zu den Gräbern von Karl und Rosa und für das Gedenken an Lenin zeigt, kommen wir offensichtlich nicht weiter.

Genau deshalb machen wir unseren Vorschlag zu einem gemeinsamen Gremium der Absprachen, der Orientierung und letztendlich der Organisation einer Bewegung großer Teile des Volkes gegen Sozialabbau, Einschränkung der Mitbestimmungsrechte und all die Beschlüsse und Vorhaben der großen deutschen Industrie- und Bankenvereinigungen und ihrer Regierenden zur Profitmaximierung. Dieser Vorschlag entspricht unserer politischen Linie zur Schaffung von Aktionseinheit für den politischen Massenkampf großer Teile des Volkes.

Was die offensichtlichen ideologischen Gegensätze zwischen sich links bezeichnenden Parteien in Deutschland betrifft, so dürften diese kein Hinderungsgrund sein. Wenn man sich zumindest gegen die politischen Hauptgegner einig ist, kann man die Differenzen durchaus in geeigneten Foren, Gremien und Vereinen weiter miteinander austragen, und das sogar ohne Medienpräsenz der gegnerischen Kräfte.“

Abschließend, liebe Genossinnen, liebe Genossen, stellen wir fest: „Wesentlich ... ist die Schaffung von Gemeinsamkeit und gemeinsamen Handeln außer-

parlamentarisch und parlamentarisch großer Teile des Volkes, seiner absoluten Mehrheit.“

Wir sind uns bewusst, liebe Genossinnen, liebe Genossen, dass wir mit dem Inhalt unserer Briefe an die Genossen Professor Lothar Bisky und Heinz Stehr und ihre Parteivorstände nur ein mögliches Minimum an Zusammenarbeit im Interesse der Arbeiterklasse dieses Landes und des größten Teils des Volkes dieses Landes vorgeschlagen haben. Über dieses Minimum ist man mancherorts an der Basis schon lange hinweg, eigentlich auch hier in Ziegenhals beim gemeinsamen Kampf für den Erhalt und den freien Zutritt zur Thälmann-Gedenkstätte.

Deshalb sind wir von der Antwort des Genossen Georg Fehst vom Büro des Genossen Professor Lothar Bisky schockiert. Er teilt mit Datum vom 20. Januar 2005 nur kurz mit: „Selbstverständlich beteiligt sich die PDS gemeinsam mit anderen an Aktionen gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit. Die Schaffung eines Gremiums mit dem Ziel, die ‚Führung einer Volksbewegung‘ übernehmen zu wollen, entspricht allerdings nicht unseren politischen Absichten.“

Genosse Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP, schrieb uns am 26. Januar 2005: „Die DKP befindet sich jetzt in den Vorbereitungen zu ihrem 17. Parteitag. Der Parteivorstand hat seine letzte Sitzung vor dem Parteitag bereits durchgeführt. Wir werden Euer Schreiben dem neu gewählten Parteivorstand übergeben.“

Ich enthalte mich hier und heute in Ziegenhals zur ersten Antwort jeglicher Polemik. Jeder der hier Anwesenden soll sich zunächst selbst seine Gedanken machen und seine eigenen Antworten suchen. Ziegenhals ist keine Stätte für Parteienstreit, sondern seit langem eine Stätte organisierter Zusammenarbeit von Parteien, Jugendverbänden und Vereinen. Die Genossinnen und Genossen, die in

jedem Jahr mehrmals nach Ziegenhals kommen, denen liegt das Zusammenwirken zwischen Kommunisten und Sozialisten und allen, die sich gegen Sozialabbau, Krieg und Faschismus einsetzen, am Herzen. Diese Fragen, so meine Erfahrung, werden gerade immer hier in Ziegenhals mit großer Leidenschaft diskutiert.

Deshalb glaube ich, die Antwort des Genossen Georg Fehst ist noch nicht das letzte Wort. Die Diskussion geht weiter. Und das Zusammenwirken von Mitgliedern der PDS, der DKP, der KPD, der linken Jugendorganisationen und vieler weiterer gesellschaftlichen Kräfte in Gemeinden, Kreisen und Ländern, aber auch in Vereinen und Verbänden wird stärker und zeitigt mobilisierende Wirkungen. Wir, ich denke wir alle, werden das weiter fördern, um dem Widerstand gegen all die miserablen Erscheinungen imperialistischer Politik gemeinsam Inhalte, Kraft und Organisation zu geben, um an die Thälmannschen Gedanken zur Aktionseinheit und zur Einheitsfront anzuknüpfen und sie für heute nutzbar zu machen.

Nun, liebe Genossinnen, liebe Genossen, könnte wieder jemand kommen aus dem bürgerlichen Geschichtsschreiberlager oder von den ehemaligen sozialistischen Historikern, die inzwischen zu bürgerlichen Schreibern mutiert sind, und uns vorhalten, wir übergangen die Schwächen und Fehler der Thälmannschen KPD. Diese Leute, die sich ja in Dokumenten gut auskennen, muß man energisch darauf hinweisen, dass es Thälmann und seine Genossen selbst waren, die Mängel und Fehler analysierten und Schlussfolgerungen daraus ableiteten. Auch dazu kann man in Thälmanns Rede vom 7. Februar 1933 nachlesen, auch in den Briefen an einen Kerkergenossen, auch in der Programmklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, auch im Aufruf des Zentralkomitees der

KPD vom 11. Juni 1945 und in anderen Dokumenten.

Es erweist sich heute schon wieder als großer Fehler, dass es immer noch keine einigermaßen organisierte Zusammenarbeit aller antikapitalistischer Kräfte gibt, national nicht und international auch nicht.

Und als größter Fehler der gegenwärtigen Menschheitsentwicklung erweist sich, dass es das imperialistische System der Ausbeutung, der Kriege und der Faschisierung immer noch gibt.

Daher die erneuten Kriegsdrohungen gegen die souveränen Staaten Iran, Syrien und die Koreanische Demokratische Volksrepublik von einem USA-Präsidenten, der ganz unverhüllt Weltherrschaftspläne verkündet.

Daher Hartz IV mit durchschnittlich 345 Euro im Monat im Westen und 331 Euro im Osten pro Person nur.

Daher aber auch, dass nur 10 Prozent der Haushalte dieses Landes, nämlich die der Reichen, über 47 Prozent allen Vermögens verfügen.

Daher, dass die so genannten Nebeneinkünfte von Abgeordneten der Parlamente dieses Landes alles andere sind, nur nicht das Ergebnis von Ein-Euro-Jobs.

Daher aber auch, dass Opel nun seinen Arbeitern in Bochum Löhne anbietet wie in Eisenach. Und die sind um 22 Prozent geringer.

Und schließlich daher auch der Verkauf der am 7. Februar 1953 mit der Rede von Wilhelm Pieck offiziell eröffneten Gedenkstätte Ziegenhals an eine Privatperson.

Im 60. Jahr der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Rote Armee und durch die Streitkräfte der Westalliierten fordern wir die politisch Verantwortlichen in der Landesregierung Brandenburg und in der Bundesregierung auf, diese Privatisierung des Geländes und des Gebäudes der Thäl-

mann-Gedenkstätte Ziegenhals rückgängig zu machen. Wir fordern, dass die Gedenkstätte in Landes- oder Bundeseigentum übergeben wird und per Vertrag der Gesamtverband des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V. mit der Nutzung und Pflege beauftragt wird.

Wenn es die Landesregierung Brandenburg unter Leitung von Herrn Platzeck und die Bundesregierung unter Leitung von Herrn Schröder wirklich ernst meinen mit ihren Bekundungen gegen das Wiedererstarken des deutschen Faschismus, dann erklären sie Ziegenhals als offizielle Gedenkstätte für den Widerstand der deutschen Kommunisten gegen das Hitlerregime. Das 60. Jahr der Befreiung wäre geeigneter Anlaß, allen – wie man das heute bezeichnet – „Opfergruppen des deutschen Faschismus“ Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, auch den deutschen Kommunisten.

Wir betonen nochmals und wir können das dokumentarisch beweisen: Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD unter Leitung von Ernst Thälmann am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin war wesentlicher Ausgangspunkt des kommunistischen Widerstandes gegen das Nazi-Regime, sie war auch wesentlicher Ausgangspunkt des Zusammenwirkens kommunistischer mit bürgerlichen Widerstandsgruppen.

Ziegenhals ist deshalb eine Gedenkstätte von nationalem und internationalem Rang. Dem muß das deutsche Staatswesen von heute endlich Rechnung tragen, wenn man den antifaschistischen Beteuerungen seiner Repräsentanten Glauben schenken soll, gerade den Beteuerungen im 60. Jahr der Befreiung.

Dafür, liebe Genossinnen, liebe Genossen, kämpfen wir mit politischen Mitteln gemeinsam. Dafür treten wir jederzeit ein. Dafür wünschen wir uns hier und heute viel Erfolg.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit. ■

# Resolution

*Vorgelesen auf der Mitgliederversammlung  
des Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals  
am 8. April 2005*

Die Mitgliederversammlung des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. Ziegenhals verurteilt entschieden die Naziaufmärsche und alle anderen neofaschistischen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Soldatenfriedhof in Halbe sowie anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung unseres Volkes. Wir unterstützen durch aktive Mitarbeit im „Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ und durch Teilnahme am öffentlichen antifaschistischen Protest die Forderung, jegliche neofaschistische Parteien und Organisationen sowie deren Aktivitäten zu verbieten und die Festlegungen des Potsdamer Abkommens und des Grundgesetzes der Bundesrepublik, den Faschismus in Deutschland ein für alle mal auszurotten, endlich in die Tat umzusetzen.

Unser Freundeskreis tritt für den Erhalt und den öffentlichen Zugang zur Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals ein, weil hier am historisch authentischen Ort ein ehrendes Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg bewahrt wird. An diesem Ort hat Ernst Thälmann als erster Vorsitzender einer deutschen Partei zum umfassenden, parteiübergreifenden und mit allen Mitteln zu leistenden Widerstand gegen das Hitlerregime aufgerufen und die drohenden Gefahren, eine enorme Verschärfung des Terrors, Konzentrationslager und Krieg, den Teilnehmern der Beratung vor Augen geführt. Nahezu die Hälfte von ihnen, auch Ernst Thälmann, wurden von den Faschisten ermordet. Von Ziegenhals aus wurde dann 12jähriger opferreicher Kampf der deutschen Kommunisten Ziel und Orientierung gegeben.

Wir möchten, daß sich die deutsche Jugend nicht an Heldengedenken und Naziaufmärschen orientiert, sondern das antifaschistische Vermächtnis allen Widerstands gegen Hitler kennenlernt und bewahrt.